

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
Vorlage 16/4165

hier: Einzelplan 09

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Vorsitzender Dieter Hilser: Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde an Sie überwiesen. In der letzten Sitzung ist der Gesetzentwurf vom Minister eingebracht worden. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir heute die grundsätzliche Aussprache führen, die nicht zu lang sein muss, und dass etwaige Anträge heute eingebracht werden, weil wir nur dann den Haushalts- und Finanzausschuss noch rechtzeitig erreichen. Anträge liegen, wie ich feststellen kann, heute keine vor, sodass ich davon ausgehe, dass etwaige Anträge der Fraktionen direkt an den Haushalts- und Finanzausschuss gestellt werden. – Ich sehe, Sie nicken. Das ist dann offensichtlich das Verfahren der Fraktionen.

Wir müssen bei diesem Punkt nachher noch das Benehmen mit dem Landesstraßenbauprogramm herstellen. Das will ich am Ende der Beratung machen.

Ich frage zunächst nach Wortmeldungen zum Haushalt. – Zunächst Herr Vossemer, bitte schön.

Klaus Vossemer (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir können es kurz halten, denn in der Tat ist nichts wesentlich Neues im Einzelplan 09 festzustellen. Es ist im Wesentlichen ein Überschreiben alter Zahlen aus den Vorjahren – ideenlos, perspektivlos und innovationslos. Die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen profitiert weder von den sprudelnden Steuereinnahmen noch von der Neuverschuldung. Sie bleibt damit das Stiefkind der Landesregierung.

Ich möchte mich daher hier und heute nur auf wenige Punkte konzentrieren. Wie schon vereinbart, werden wir Anträge dann direkt an den Haushalts- und Finanzausschuss stellen, so sie denn haushaltsrelevant sind. Vielleicht aber doch die eine oder andere Anmerkung zu dem Zahlenwerk, das uns vorliegt:

Ich beginne mit dem Landesstraßenneubau – 32 Millionen Euro, so wenig wie noch nie. Durch die Ausführung von derzeit im Bau befindlichen Landesstraßen sind die Mittel voraussichtlich auf Jahre gebunden. Das Landesstraßenbauprogramm, das wir gleich ins Benehmen setzen wollen hat lediglich ein einziges neues Projekt. Das gab es auch noch nie in der Vergangenheit. Die einzelnen Projekte sind für sich genommen auch nicht ausfinanziert, und es wird noch Jahre dauern, bis sie fertiggestellt worden sind. Es ist zugegebenermaßen mehr in den Erhalt von Landesstraßen eingesetzt worden, allerdings auch hier deutlich zu wenig.

Die einzige Lösung aller Verkehrsprobleme in Nordrhein-Westfalen scheint für die rot-grüne Landesregierung der Radschnellwegebau zu sein. Hier wird man in den Folgejahren in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 immerhin insgesamt 12,25 Millionen Euro investieren. Im Jahr 2016 war es eine halbe Million Euro, im Jahr sind es 2 Millionen Euro und in den Folgejahren ist es etwas mehr. Angesichts des doch sehr sportlich ambitionierten Programms von sechs Radschnellwegen mit insgesamt 261 Kilometern Länge und Kosten von über 330 Millionen Euro kann sich jeder leicht ausrechnen, wie viel Radschnellweg man tatsächlich mit dem im Haushalt vorgesehenen Ansatz bauen kann, nämlich 1,1 Kilometer pro Jahr. Dann sollte man sich wirklich überlegen, ob das das Prestigeprojekt ist, das man an dieser Stelle so jedenfalls in der medialen Darstellung als Lösung aller Verkehrsprobleme präsentiert. – Radschnellwege sind eine durchaus sinnvolle Maßnahme, das wollen wir überhaupt nicht verhehlen. Auch wir sind für Radwegebau, aber insbesondere auch an Landesstraßen. Da ist noch einiges zu tun, was den Erhalt des bestehenden Radwegenetzes anbetrifft und auch den ein oder anderen Lückenschluss. Hiervon ist im Landeshaushalt weit und breit nichts zu sehen.

Fazit: Es bleibt alles beim Alten. Man hat keine innovativen Ideen. Wir stehen auf der Stelle. Stillstand ist Rückschritt. So wird es dann nach der Vorstellung der rot-grünen Landesregierung offensichtlich auch 2017 im Verkehrsbereich weitergehen. Ich verhehle nicht, dass wir das am Ende ablehnen werden, das kann ich schon vorwegnehmen. Gleichwohl versuchen wir natürlich noch, mit einigen Anträgen das Ganze ein wenig aufzubessern. Diese werden dann das Schicksal aller Anträge der vergangenen Jahre erleiden. Auch das wissen wir. Trotzdem stellen wir die Anträge, wie gesagt, im Haushalts- und Finanzausschuss.

Kollege Schemmer wird noch zum kommunalen Straßenwegebau eine konkrete Nachfrage stellen. Ansonsten können wir die Beratungen von unserer Seite aus für heute abschließen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Dieter Hilser: Vielen Dank, Herr Voussem. – Herr Becker.

Andreas Becker (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich frage mich ehrlich gesagt, ob wir die gleichen Haushaltsbücher gelesen haben, denn ich komme zu einem völlig anderen Schluss als Herr Voussem in seinen Ausführungen. Ich denke, dass wir insgesamt, was den Verkehrsbereich angeht – Kollegin Philipp wird das gleich noch für den Baubereich sagen –, haben wir einen guten Haushalt vorliegen, den wir natürlich vielleicht an der einen oder anderen Stelle im Haushalts- und Finanzausschuss auch noch verbessern werden. Ansonsten setzen wir aber mit diesem Haushalt den begonnenen Weg für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik in unserem Land fort. Wir schaffen eine vernetzte Mobilität und sehen dem Ganzen positiv entgegen.

Wir werden die unglaubliche Investitionsoffensive des Bundes mit einer Planungsoffensive des Landes unterstützen und begleiten. Wir werden den Landesbetrieb Straßenbau, den Sie vor die Wand gefahren haben, in die Lage versetzen, 1,25 Milliarden Euro pro Jahr zu verbauen und darüber hinaus entsprechend einen Planungsvorrat

anzuschaffen. Wir werden damit auch das wachsende Budget für Investitionen an Landesstraßen bewältigen können, damit wir dort auch den Grundsaterhalt von Neubau weiter fortsetzen können.

Die Radschnellwege sind angesprochen worden. Das ist ein wichtiger Baustein zukunftsorientierter Verkehrspolitik. Wir werden Unterstützung bekommen – ob von Ihnen, weiß ich nicht, aber auf jeden Fall von Herrn Dobrindt aus Berlin, der erkannt hat, dass auch der Bund Radschnellwege fördern können sollte. Wenn wir nachweisen – was wir nachgewiesen haben –, dass wir zum Beispiel mit dem Radschnellweg 1 50 000 Pkw pro Tag von den Autobahnen herunterholen, dann kann man sich das auch – in Anführungsstrichen – etwas kosten lassen und sich an den entsprechenden Kosten beteiligen.

Gleiches gilt für den ÖPNV, auch dort werden wir den erfolgreichen Weg fortsetzen und weiteres Geld zur Verbesserung des Angebots zur Verfügung stellen. – Was den Verkehrsbereich angeht, stehen wir diesem Haushalt daher sehr positiv gegenüber und freuen uns, dass die Landesregierung bereit ist, dementsprechende Schwerpunkte zu setzen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Dieter Hilser: Vielen Dank. – Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich war eigentlich davon ausgegangen, dass erst die Opposition, der Kollege von der FDP, sprechen möchte, weil ich es bisher in den Ausschüssen immer so wahrgenommen habe, dass das die Chance ist ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wir üben halt schon!)

– Gut, wenn man mit einem flotten Spruch kontern kann. Es ist dann natürlich schlecht, wenn ich mir die Umfragewerte vom letzten Sonntag ansehe. Dann habe ich keine Sorgen, dass das für uns im nächsten Jahr nicht genauso aussieht, und bei der FDP geht es ja deutlich nach unten.

Zum Thema Haushalt im Bereich Verkehr: Ich kann an das anschließen, was Kollege Becker gesagt hat. Dass Kollege Vossemer die Frage der Straßensanierung unter „ferner liefern“ thematisiert, finde ich unpassend, denn wir haben nun den Haushalt für Sanierungen an Landesstraßen in dieser Legislaturperiode verdoppelt. Das kann man schon einmal erwähnen. Selbst Ihr Kollege Dr. Berger hat das gestern im Wissenschaftsausschuss gemacht. Bei den Dingen, die wirklich unzweifelhaft bundesweit an der Spitze sind, konnte selbst die CDU gestern nicht umhin, auch einmal zu sagen, dass das wirklich gut ist für die Hochschule – in dem Fall ist es gut für unsere Straßen.

Wir, SPD und Grüne, diskutieren gerade noch, ob wir auf diese 115 Millionen Euro, die es jetzt im Bereich Sanierung sind, nicht noch etwas draufsetzen können, weil wir natürlich vor Augen haben, dass das Gutachten uns ins Stammbuch geschrieben hat, dass wir eigentlich Sanierungsaufwände in Höhe von etwa 200 Millionen Euro im Jahr hätten – es gibt ja zwei Gutachten, sowohl das vom Landesrechnungshof als auch das vonseiten des Ministeriums. Das Signal sowohl aus dem Landesbetrieb als auch aus dem Ministerium, aus der Fachabteilung, ist ja: Jeder Cent, der zur Verfügung steht, kann auch verbaut werden im Bereich Sanierung. Deswegen bemühen wir uns gerade

in den Haushaltsgesprächen, natürlich im Ringen mit anderen Fachbereichen, im Ringen mit den anderen Schwerpunkten, die gesetzt werden sollen, darum, ob wir nicht noch 5 oder gar 10 Millionen Euro umschichten und im Bereich Sanierung noch drauflegen können. Das würde dann im Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend beantragt werden.

Bei den Radschnellwegen teile ich zwar nicht die Süffizienz Ihrer Prognose, Herr Vossemer, aber das ist durchaus ein Bereich, in dem auch die künftige Landesregierung gefordert sein wird, wenn es nicht das zugesagte oder jetzt avisierte Geld aus Berlin gibt. Denn das, was bisher im Haushalt eingeplant worden ist, auch bis 2020, ist natürlich zu wenig, wenn man das ambitioniert umsetzen möchte. Wir tragen diesen Haushalt natürlich auch an der Stelle mit, aber ich würde gern noch einmal darauf verweisen: Wenn wir die sechs Radschnellwege realisieren wollen, dann müsste man mehr Geld in die Hand nehmen. Berlin hat jetzt signalisiert – ich habe das mit Interesse zur Kenntnis genommen –, nachdem erst Radschnellwege dort überhaupt nicht gefragt waren, dass es jetzt zu einer Kehrtwende kommt und auch Bundesgelder dafür geben soll, was ich inhaltlich auch richtig finde. Man wird aber darauf achten müssen, dass das dann auch in der avisierten Höhe passiert.

Kurz zum Wohnungsbau: Wir haben zahlreiche Landesprogramme verstetigt, beispielsweise auch bis 2017 die Wohnraumförderung. Es gibt eine sehr klare positive Trendentwicklung in Richtung „mehr Umsetzung“, gerade im Bereich sozialer Wohnungsbau, in dem die Zahlen deutlich nach oben gehen und man im letzten Jahr fast 40 % Zuwachs verzeichnen konnte – im Wissen, dass wir dringend Wohnungen bauen müssen in diesem Land und dass es in den wachsenden Metropolen Wohnungsnot gibt. Hier hat die Landesregierung aber klar umgesteuert. Wir haben andere Prioritäten gesetzt. Diese werden jetzt im Haushalt fortgesetzt, sodass auch diese positive Trendentwicklung fortgesetzt werden kann. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass das NRW-Sonderprogramm für Bauen für die angekommenen Flüchtlinge bundesweit einmalig ist und dass die Zahlen hier auch aufgrund der Rahmenbedingungen, die gesetzt worden sind, ausgesprochen gut sind.

Daher von grüner Seite ein nüchterner Blick auf den Haushalt, aber durchaus positiv und auch Zustimmung!

Vorsitzender Dieter Hilser: Herr Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Vielleicht doch noch ein paar Anmerkungen, nachdem es die eine oder andere Äußerung gegeben hat: Wenn ich mir die Straßenbauprogramme der vergangenen Jahrzehnte ansehe, muss ich feststellen, früher war ein Erhalt mit einer Kurvenbegradigung ein Neubau. Heute ist das ein Erhalt, nur, damit man den Erhalt passend hochbekommt. Wir haben also gelernt, Erhalt und Neubau als Ganzes zu sehen, denn das verbessert insgesamt unsere Infrastruktur. Um das in Zahlen auszudrücken: Im Jahr 2009 standen für Neubau 70 Millionen Euro und für den Erhalt 80 Millionen Euro zur Verfügung – 150 Millionen Euro. Das war das letzte schwarz-gelbe Jahr. Ich kann Ihnen auch die Zahlen für das letzte rot-grüne Jahr davor nennen, das war das Jahr 2005: 60 Millionen Euro Neubau plus 48 Millionen Euro

Erhalt, das waren 108 Millionen Euro. Das heißt also, wir hatten über 40 % mehr in nur vier oder fünf Jahren. Ich wollte das einfach noch einmal gesagt haben. Das ständige Wiederholen von falschen Zahlen hilft uns nicht weiter – und da werden die Grünen regelmäßig von der SPD noch getoppt.

Zur Behauptung „Landesbetrieb vor die Wand gefahren“: Aufgrund der Zahlen, die das Ministerium geliefert hat – und die mir auch Mitarbeiter aus dem Landesbetrieb geliefert haben; das gehört zur Wahrheit dazu –, habe ich festgestellt, dass nach der Regierungsübernahme 2010 erst einmal über 100 Bauingenieure von Rot-Grün abgeschafft worden sind – um dann zu lamentieren, wir hätten zu wenige. Ich will das alles nicht wiederholen. Planungsaufträge an Dritte wurden im Ministerium halbiert. Dass das vielleicht nicht so sehr von der SPD betrieben wurde, sondern insbesondere von einer Größe, die als Quereinsteiger ins Haus kam und nach zwei Jahren auch wieder herausgeflogen ist, das ist eine andere Geschichte. – Nochmals: Die ganze Wahrheit ist, dass die Aufträge an Dritte halbiert worden sind.

Zu dieser schönen DEGES-Geschichte: Im November 2013 hat Minister Groschek – der wohl noch in China weilt, aber gleichwohl darf man das sagen – auf der Personalversammlung beim Landesbetrieb gesagt, dass die DEGES keine Option wäre. Da war er vielleicht auch aus dem eigenen Haus nicht so gut informiert. Erst als die 42 Millionen Euro nicht ausgegeben werden konnten, weil keine Planung fertig war, kam von November 2013 bis Januar 2014 dieser Sinneswandel beim Minister. – Ich begrüße diesen Sinneswandel übrigens. Ich lobe ihn auch dafür, dass er klüger geworden ist. Das sollten Sie auch tun. Sie sollen es aber nicht so darstellen, als ob das immer so gewesen wäre.

(Arndt Klocke (GRÜNE): Das ist jetzt aber ganz schön arrogant!)

Thema Radschnellwege: Eine klare Finanzierung gibt es hier nicht. Im Übrigen muss man sich die Frage stellen: Geht das grundsätzlich zulasten von kommunalen Radwegen? – Ich komme zu einigen Fragen und bitte dringend darum, dass das ordentlich behandelt wird. Ich habe mir zur Frage der Radwege im kommunalen Bereich einmal zwei Haushalte genommen, den Entwurf 2017 und den Haushalt 2014, und komme jetzt mit folgender Frage: Die Zuweisungen der Entflechtungsmittel, 129,76 Millionen Euro, sind im Jahr 2012 mit fast 113 Millionen Euro noch mehr oder weniger vollständig ausgegeben worden.

(Carsten Löcker (SPD): Das ist doch vernünftig!)

– Ja, kein Widerspruch, Euer Ehren! – Sehe ich aber in den Haushaltsentwurf 2017, dann stelle ich fest, von den fast 230 Millionen Euro sind nur noch 92 Millionen Euro ausgegeben worden, und das hat sich seit 2012 sukzessive so entwickelt. Frage: Wo und in welcher Form werden die nicht ausgegebenen Entflechtungsmittel angespart? Ich gehe davon aus, dass sie nicht verlorengehen. Wir hätten also gern eine Antwort auf die Frage: Wo werden sie, wie und zu welchem Zweck angespart, und ist sichergestellt, dass dieses Geld nicht nach 2020 benutzt wird, um kommunalen Straßenbau zu bezahlen? Denn die Entflechtungsmittel fallen wohl ab 2020 weg – gut, der Bundesrat muss noch zustimmen –, und das Ganze geht in den über 2 Milliarden Euro, die das Land im Länderfinanzausgleich zusätzlich bekommt, unter. Andersherum: Soll uns

mit dem hier ersparten Geld weisgemacht werden, dass das Ganze für andere Zwecke ausgegeben wird?

Ich will das Gleiche noch auf zwei andere Fragen beziehen, nämlich auf Fragen der Zuweisungen an Gemeinden – ich nenne das einmal so, ich vereinfache das etwas – für den kommunalen Radwegebau und für die Eisenbahnkreuzungen. Da sieht die Situation so aus: Schon 2012 wurden diese Mittel deutlich nicht ausgegeben, einmal 20 % weniger, einmal wurde nur die Hälfte ausgegeben. Inzwischen geben wir bei den Zuweisungen an die Gemeinden nur ein Drittel des Haushaltsansatzes aus und bei den Kosten für die Eisenbahnkreuzungen auch nur 80 %. – Ich bitte, das wirklich detailliert zu erklären – auch schriftlich, denn ich glaube nicht, dass das heute geht –, denn Sie erwecken extrem den Eindruck, dass der kommunale Radwegebau im Land Nordrhein-Westfalen Ihre Spardose ist, zugunsten von Walter-Borjans. Insofern bitte ich, das präzise zu beantworten. – Schönen Dank.

Vorsitzender Dieter Hilser: Danke schön. – Die Antwort kommt gleich. Jetzt kommt zunächst Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Vorsitzender, vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterschiedlichen Ansichten und Prioritäten im Rahmen des Einzelplans 09 werden wir gemeinsam im Plenum in der zweiten Lesung behandeln. In unserem Politikbereich reden wir immer von Effizienz, deswegen müssen wir das nicht zweimal hintereinander machen und können aus unserer Sicht heute darauf verzichten. Die Ausschusssitzung heute hätten wir nutzen können, um Sie von unseren Überzeugungen zu überzeugen. Das ist uns aber viereinhalb Jahre lang schon nicht gelungen, deswegen verzichten wir an dieser Stelle darauf, weil das nicht viel bringt.

Zwei Punkte noch, die der Kollege Becker angesprochen hat – zum einen, man hätte Straße.NRW an die Wand gefahren:

(Andreas Becker (SPD): Nicht „man“ – Sie!)

Er unterbreitete diesen Vorwurf CDU und FDP. In der Tat hat Kollege Schemmer recht: Als die Kollegen von Rot-Grün die Regierung übernahmen, setzten sie den Abbau von Ingenieurstellen gleichermaßen fort. Ich weiß gar nicht mehr, wer damals zu Zeiten von Horst Becker Minister war; ich glaube, er hieß Voigtsberger. Auf jeden Fall wurde zwei Jahre lang so weitergemacht. Mike Groschek hat es hinterher geändert. Bei einer Diskussion aber die eigenen Fehler so radikal auszublenden, Herr Becker, das hat mit Ehrlichkeit nichts mehr zu tun. So werden Sie niemanden überzeugen können. Wir haben damals Fehler gemacht – obwohl wir mehr Mittel an Dritte vergeben haben, geplant wurde also mehr als bei Ihnen –, Sie haben aber hinterher weiter abgebaut. Das Schlimme ist, die SPD hat als Koalitionspartner der Grünen nicht einmal erkannt, dass das damals passiert ist. Sie haben einfach geschlafen. Deswegen: Fassen Sie sich bitte bei diesen Vorwürfen an die eigene Nase!

Der gravierende Fehler im Bereich Verkehr ist die falsche Abwägung zwischen unterschiedlichen Verkehrsträgern. Wir haben insgesamt, was den Haushalt betrifft, die große Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen; wir haben Rekordstaus in Nordrhein-

Westfalen; wir können Waren vom Zeitablauf her nicht mehr verlässlich transportieren. Große Aufgaben stehen also vor uns, und Sie erwecken den Eindruck, als würden diese Probleme mit tollen Radwegen gelöst.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist ja lächerlich!)

Die FDP hat nichts gegen Radwege. Ich finde auch das Programm von Dobrindt gut, das hier in Nordrhein-Westfalen genutzt wird. Gut so! Auch da können Sie sich aber nicht mit der Bundesregierung vergleichen, denn auf der anderen Seite gibt die Bundesregierung auch für Straßen und Schienen Rekordsummen aus. Sie machen genau das Gegenteil, Sie geben für Straßen das niedrigste Niveau aus. Das ist der große Unterschied. Wir können die Probleme in dem Bereich nur lösen, wenn wir in allen Bereichen etwas tun und nicht nur ein prominentes Projekt wie den Radwegebau nach vorn schieben und alles andere vernachlässigen.

Vorsitzender Dieter Hilser: Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Danke, Herr Vorsitzender. – Ministerinnen und Minister aus anderen Ministerien haben sich nach vorn gestellt und gesagt: Unser Haushalt ist gewachsen. – An der Stelle sieht man, wie die Schwerpunktsetzung der Landesregierung ist. Man muss ganz sachlich feststellen: Bei den Einnahmen steht das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr zwar an zweiter Stelle, bei den Ausgaben aber an siebter Stelle, und es ist auch noch das Ministerium, das bei den Ausgaben an letzter Stelle der Ministerien steht, die Geld investieren müssen. Gut, das Wirtschaftsministerium kommt bei den Ausgaben noch dahinter. Da geht es aber vorwiegend um Steuerung, und hier geht es allerdings sowohl beim Wohnungsbau als auch beim Verkehr vorwiegend um dringende Investitionen, und durch die Investitionen werden politische Ziele umgesetzt. Das ist gerade beim Einzelplan 09 sehr wichtig und eine riesige Baustelle bei der Wohnungspolitik, aber vor allem auch bei der Verkehrspolitik. Das wissen wir alle.

Es geht hier, da muss ich Herrn Rasche ein wenig widersprechen, nicht nur um Überzeugungen – es geht bei der Verkehrspolitik natürlich generell um Überzeugungen, und da stehen wir Piraten sicherlich auch nicht ganz da, wo die FDP steht. Es geht hier aber auch um die Umsetzung von Überzeugungen. Das kann ich im Einzelplan 09, in dem, was die Landesregierung bzw. das Ministerium vorgelegt hat, gar nicht sehen. Es ist also tatsächlich, wie Herr Voussem schon sagte, wie immer: Dynamik findet überwiegend durch durchgeleitete Bundesmittel statt. Das heißt, es bewegt sich ausgerechnet etwas durch das, was in der Bundesregierung passiert, wo aus meiner Sicht sehr schlechte und uralte Verkehrspolitik gemacht wird.

Deshalb würde ich bei den Radschnellwegen auch nicht auf Berlin warten, denn wenn man da vorn sein möchte, muss man zeigen, dass es eben auch wichtig ist. Wenn jemand antritt und sagt: „Man müsste mal, und wir wollen, aber ich will nichts zahlen“, ist das wenig glaubwürdig, und dann kann man noch so tolle Ideen haben. Nichts gegen die politische Idee der Radschnellwege, sie ist auch politisch gut vorangetrieben worden, aber jetzt heißt es, „Butter bei die Fische“ und dem ehrlich Nachdruck zu verleihen, indem man auch selbst etwas investiert.

Minister Groschek und das Ministerium erhalten durchaus oft Lob, wenn es darum geht, spontan die richtigen Worte zu finden oder auch spontan etwas richtig zu regeln, aber ich vermisse an der Stelle das im Haushalt sichtbare Handeln. Ein Bündnis für Infrastruktur ist wenig wert, wenn es nur Bitten gibt und kein Geld zur Verfügung steht.

Das Gleiche gilt, um das noch einmal aufzugreifen, für die Radschnellwege. Das ist als Prestigeprojekt nicht wirklich fassbar, weil es eben kein Prestigeprojekt ist. Es ist kein Leuchtturmprojekt, in das man unheimlich viel Geld hineinbuttert, in das man alle Kraft und alle Stärke investiert; denn es wird zwar vermittelt, NRW würde bald ein Kopenhagen mit 18 Millionen Einwohnern sein, was Radwege betrifft, aber Landesradwege sind finanziell in diesem Haushalt trotzdem nur eine Nische – sagen wir einmal nicht, ein Placebo, das trifft auf sehr viele Dinge im Haushalt zu, aber eine Nische. In diesem Sinne werden wir innerhalb der nächsten Jahre keine großen Fortschritte machen. Es ist also kein Prioritätenwechsel, sondern eher ein kleines Ausprobieren am Rande. Das wird allerdings den eigenen Anforderungen nicht gerecht.

Gleiches gilt übrigens auch für andere Dinge, für Bereiche im Bauen und Wohnen, für das Wohnungsaufsichtsgesetz oder jetzt auch für die Mietpreisbremse. Dass kein Geld dafür zur Verfügung steht, das, was man sich wünscht, auch umzusetzen, das ist durchgehend so. Es fehlt selbst Geld, um in den Kommunen Mietspiegel ordentlich umzusetzen, indem das Land dort Unterstützung leistet. Es fehlen auch zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen, die den zukünftigen Bedarf bedienen – also nicht einfach wie jetzt beim Bauprogramm 2017 etwas fortschreiben, was noch erledigt werden muss, sondern den zukünftigen Bedarf bedienen und auch politische Ziele im Blick haben. Es gibt das Klimaschutzgesetz, aber es gibt eben im Verkehrsministerium noch nicht einmal Ansätze, es umzusetzen. Auch andere politische Ziele sehe ich im Haushalt, obwohl sie in den letzten fünf Jahren öfter genannt wurden, nicht und einen Prioritätenwechsel für eine zukünftige Verkehrspolitik schon gar nicht.

Eine Sache wäre zum Beispiel, zusätzliche Infrastruktur im Nachgang zum RRX zu schaffen. Der RRX mag finanziert sein und zumindest teilweise auch die Infrastruktur, bis auf kleine Ausnahmen, die natürlich noch erledigt werden müssen. Wenn man solch ein Projekt stemmen möchte, muss man aber zusehen, dass man die Chancen nutzt, entsprechend eine bessere Anbindung schafft und zusätzlichen ÖPNV bereitstellt. – Auch der Erhalt von Neubau wird nicht konsequent umgesetzt, das sieht man an mehreren Stellen im Bauprogramm 2017, das wir gleich noch diskutieren werden.

Durch die bisherige Priorisierung wurde die Infrastruktur vor die Wand gefahren. Das heißt, das hat uns bisher nicht weitergeholfen – trotzdem wird so weitergemacht. Ein Umlenken in der Verkehrspolitik ist also dringend nötig. Davon sehe ich hier nichts. Davon sehe ich in Berlin auch nichts, aber das heißt nicht, dass man in NRW ewig warten muss, bis Berlin in die Puschen kommt. Bei allem, was finanziell notwendig ist, immer nur zu schauen, dass man von Berlin Geld bekommt, hilft am Ende nicht weiter. Die Bürgerinitiativen – um einen kleinen Exkurs zu machen – sind natürlich auch nicht schuld daran, wenn Politik nicht in die Puschen kommt. Wieder auf den Haushalt bezogen sehe ich an keiner Stelle im Haushalt Geld für Mehraufwand, damit Bürgerbeteiligung schneller, effizienter und besser durchgeführt werden kann. Wenn ich das

übersehen haben sollte, weil ich die Nummer des Haushaltspostens nicht kannte, weisen Sie mich gern noch darauf hin!

Wir hatten gerade durch FDP und CDU kurz doch noch Top 4 hier hereingeholt, den wir eigentlich abgesetzt hatten: Wer hat das Personal abgebaut bei Straßen.NRW? Klar ist, das waren FDP, CDU, Grüne und SPD. Im Grunde kann man nur noch darauf hoffen – das ist vielleicht das einzig Gute an der Bundesautobahngesellschaft –, dass zwar die Kompetenz nach Berlin wandert, aber die Ingenieure mittelfristig in NRW bleiben. Dann hätten wir zumindest das Problem irgendwann einmal gelöst. – So weit erst einmal.

Vorsitzender Dieter Hilser: Vielen Dank. – Ich habe zwei gleichzeitige Wortmeldungen von Herrn Klocke und Herrn Beu. Ich schaue in die Runde der Abgeordneten. Einige Fragen stehen zur Beantwortung. – Herr Beu, bitte.

Rolf Beu (GRÜNE): Ich bin den Redebeiträgen von CDU, FDP und Piraten gefolgt und habe geschaut, was eigentlich die Themen sind, über die Sie Verkehrspolitik definieren. Ich habe mich gewundert, dass Sie, aber eigentlich in einem negativen Kontext, das Thema Radverkehrspolitik dargestellt haben. Ansonsten war es eigentlich nur: Straße, Straße, Straße! – Ich mache das hier inzwischen schon mindestens vier Jahre, wenn es nicht sogar schon die fünfte Haushaltsberatung ist, die ich zumindest höre – im Prinzip mit demselben Tenor, sodass es ein gewisses Déjà-vu-Erlebnis ist. Es war eigentlich schon immer so. Das heißt, öffentlicher Nahverkehr findet im Prinzip nicht statt. Das Einzige, was ich dieses Mal vermisst habe, was ich sonst in all den Jahren immer gehört habe, ist die Geschichte, zur Deckungslücke das Sozialticket anzuführen und zu sagen, die 30 Millionen Euro wollen wir einsparen.

(Jochen Ott [SPD]: Das kommt nächste Woche!)

Diese Geschichte wird aber vermutlich wie angekündigt, zwar nicht heute, sondern in den nächsten Sitzungen im Haushalts- und Finanzausschuss thematisiert werden. Dann können sich andere Leute mit der Thematik auseinandersetzen, ohne dass wir uns heute darüber langweilen.

Herr Bayer hat gesagt, den RRX gibt es, der wird auch finanziert, zusätzlich auch mit Bundesmitteln. Er hat aber so getan, als würden die Außenäste – oder was alles – gar nicht finanziert. Das ist im Prinzip nachweislich alles falsch. Darüber gibt es weitestgehend bereits Verträge. Wir bekommen auch, das ist mit dem Verhandlungsgeschick des Verkehrsministers gewesen, über die Zuwächse, die wir bei den Regionalisierungsmitteln bekommen, einen Zuwachs an zur Verfügung stehenden Mitteln. Diese werden wir dann für die Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Bahnverkehrs und auch für die Förderung der Kommunen, für ihren kommunalen öffentlichen Verkehr, ausgeben. Da kann man sagen, die rot-grüne Landesregierung ist eigentlich auf dem richtigen Weg. – Wie gesagt, die anderen Diskussionen über Sozialtickets und so etwas werden dann vielleicht andere Leute in anderem Kontext, aber mit derselben Thematik wie jedes Jahr, zur Kenntnis nehmen müssen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Dieter Hilser: Vielen Dank, Herr Beu. – Ich habe noch Wortmeldungen von Herrn Klocke, Herrn Rasche und Herrn Vossemer. Noch jemand? Ich würde gern langsam zum Ende der Haushaltsdebatte kommen.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Ich weiß ja nicht. Ich muss erst die Fragen beantwortet bekommen!)

Herr Kollege Schemmer, Sie haben ja angeboten, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden. Ich habe das Signal bekommen, sie werden schriftlich beantwortet. Das Angebot ist also angenommen worden. – Jetzt Herr Klocke, bitte.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich habe zwei Anmerkungen, die eine zum Radverkehr. Natürlich freue ich mich als Grüner – viel Feind, viel Ehr –, wenn das regelmäßig Thema ist. Gestern Morgen habe ich WDR 5 „Morgenecho“ angeschaltet, es ging um Lastenräder, die von Herrn Tauber kritisiert werden. Heute Morgen war es dann Herr Laschet, der die Radschnellwege kritisiert. Hier wird ja auch ständig Kritik am Radwege- und Radschnellwegebau geübt. Das ist also ein Thema, das sozusagen profiliert ist. Es freut einen ja auch, wenn kritisiert wird.

Ich komme aber zu meinem zweiten Punkt und zu einer konkreten Nachfrage – wenn Christof Rasche gleich an der Reihe ist, könnte er sie beantworten. Mir fehlen ehrlich gesagt sowohl bei der FDP als auch bei der CDU Ihre eigenen Antworten und Ihre eigenen Vorschläge. Man kann ja sagen, dass man die Steuerung beim Straßenbau nicht richtig findet. Was ist aber der Vorschlag seitens der CDU oder der FDP mit Blick auf den Landeshaushalt 2017 für die Etatsumme beispielsweise für die Sanierung von Landesstraßen, wenn sowohl der Landesrechnungshof als auch das Gutachten des Ministeriums sagen, dass wir einen Bedarf an Straßensanierung haben? Industrieunternehmen, Industrieverbände, IHK etc. weisen doch darauf hin, dass das eben das Problem ist – das ist gerade auch das Problem bei der gravierenden Stausituation um Köln mit Blick auf die Leverkusener Brücke –, dass unsere Infrastruktur dringend sanierungsbedürftig ist und dass man dafür dringend Geld in die Hand nehmen will und muss. Man kann den rot-grünen Haushalt ja kritisieren, aber wie viel Geld würde denn die FDP, wenn Sie jetzt in der Regierung wäre – es wurde uns ja gerade prognostiziert, sie wäre es im nächsten Jahr –, dann direkt in die Hand nehmen, und was sind die Umsetzungsschritte, um diese Situation zu verbessern? Das würde mich konkret sowohl seitens der FDP als auch seitens der CDU interessieren. Würde man also den Etatansatz noch deutlicher heraufsetzen, würde man eine andere Schwerpunktverteilung machen, etc.?

Vorsitzender Dieter Hilser: Nun noch Herr Rasche und Herr Vossemer. – Herr Rasche, bitte.

Christof Rasche (FDP): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das ist doch wieder so eine allgemeine politische Auseinandersetzung im Bereich Verkehr. Das gehört dazu, das ist ja auch typisch Haushaltsdebatte.

Ich habe eben nicht suggeriert, die FDP wäre in der Regierung, sondern ich habe gesagt, die Grünen sind nicht mehr drin. Das, glaube ich, wäre unabhängig davon, wer die Regierung stellt, für die Infrastruktur- und Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen tatsächlich etwas wert.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Ich habe auch nicht kritisiert, dass Geld für Radwege zur Verfügung gestellt wird, sondern ich habe gesagt, das Verhältnis stimmt nicht: auf der einen Seite so viel Geld für Radwege und auf der anderen Seite so wenig für Straßen. Das Verhältnis ist im Bund anders, und dieses Verhältnis in Nordrhein-Westfalen kritisiere ich.

Der Hinweis auf den Landesrechnungshof ist richtig. Er fordert rund 200 Millionen Euro für Sanierungen. Ansonsten setzt sich der Wertverlust bei den Landesstraßen fort – und das Geld stellen Sie nicht zur Verfügung.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Richten Sie sich doch nicht an den Landesrechnungshof! Sie haben jetzt als Koalitionspartner die Möglichkeit, Dinge voranzubringen – und Sie tun es nicht. Genauso wenig tun Sie es im Bereich Schiene, bei NE-Bahnen, Koförderung. Auch da gibt der Bund Geld und Nordrhein-Westfalen macht nichts, obwohl wir neben Niedersachsen das NE-Bundesland Nummer eins oder zwei sind. Dann suggerieren Sie in großen Presseartikeln, die Grünen tun etwas für die Schiene, und kritisieren massiv, dass Nordrhein-Westfalen beim Bundesverkehrswegeplan zu kurz kommt – ob Kölner Knoten, ob Eiserner Rhein, ob Aachen-Düren, ob Münster-Lünen. – Und was machen die Grünen im Bundesrat? Gemeinsam mit der SPD werden alle Ausbaugesetze durchgewinkt. Vorher sind Sie enorm laut geworden mit vielen Schlagzeilen, und hinterher, wenn man etwas tun kann, haben Sie nichts getan – selbst nicht im Bereich Schiene, und da hätte ich Ihnen wirklich etwas zugetraut.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist doch gar nicht im Bundesrat gewesen!)

Vorsitzender Dieter Hilser: Zum Abschluss Herr Voussem.

Klaus Voussem (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Klocke hat noch einmal unter dem Stichwort Radschnellwegebau die in Aussicht gestellten Bundesmittel avisiert. Es kann ja sein, dass man, wenn das Land wieder nicht liefern kann, Hoffnungen in den Bund setzt. Das müssen Sie bei diesem Thema erst einmal mit Ihrem Selbstverständnis ausmachen. Wenn Sie sich aber die Zahlen anschauen, stellen Sie fest, vom Bund sind 25 Millionen Euro für ganz Deutschland vorgesehen. Wenn man den Königsteiner Schlüssel anwenden würde – was man ja bei anderen Themen nicht geschafft hat –, dann wären das rund 5,2 Millionen Euro im Jahr für Nordrhein-Westfalen. Das ist zwar doppelt so viel wie das Land dazu beisteuert – für ein angebliches Prestigeprojekt, das man selbst auf die Schiene gesetzt haben will –, es wird aber bei Weitem nicht ausreichen, um all die Projekte, die Sie im Land verkünden, am Ende auszufinanzieren. Da muss man sich einfach ein Stück weit ehrlich machen.

Herr Klocke, Sie sind jetzt sieben Jahre lang mit den Sozialdemokraten in der Regierung, insoweit wundert mich das: Es ist nicht unbedingt unsere Aufgabe, Ihnen hier eine bessere Regierungspolitik vorzuschlagen. Ich würde einmal in den eigenen Reihen anfangen! Diskutieren Sie einmal als engagierter Verkehrspolitiker, für den ich Sie halte und auch schätze, mit Herrn Remmel, der en passant 300 neue Stellen einrichtet! Wenn dann im Landesbetrieb Straßenbau gerade einmal 24 Ingenieursstellen freigeschaufelt sind, die aber noch nicht einmal besetzt werden können, dann stimmt etwas nicht in dieser Landesregierung. Da ist einfach die Frage der Prioritätensetzung entscheidend, die auch schon mehrfach von meinem Vorredner angesprochen worden ist. Da muss man erst einmal Hausaufgaben machen und sich hausintern darüber klar werden, wo die Zukunft für unser Land tatsächlich zu suchen ist – nämlich in der Verkehrsinfrastruktur, in der wirtschaftlichen Entwicklung, und dann kann man sicherlich am Ende auch vieles andere damit finanzieren.

Herr Beu, Ihre Idee einer Landesverkehrsgesellschaft wird möglicherweise auch noch in der nächsten Zeit zu diskutieren sein. Im Haushalt ist sie nicht abgebildet. Auch da können wir Ihnen im Moment nicht weiterhelfen. Die Frage ist, wie Sie das noch bis Mai mit Ihrem Koalitionspartner ausverhandeln, geschweige denn – das Fass wollten wir an der Stelle eigentlich gar nicht aufmachen –, was die Ideen und die Vorstellung der Landesregierung sind, um mit dem Thema Bundesverkehrsinfrastrukturgesellschaft umzugehen, wo die Reise hingehen soll, welche Vorbereitungen getroffen worden sind, wie man dann verhandeln will, was ja angekündigt ist, und welche Vorstellungen das Land Nordrhein-Westfalen hier schon definiert hat – definiert haben sollte, wie ich finde –, um da am Ende nicht unterzugehen. All das bildet der Haushalt, der uns vorgelegt worden ist, natürlich nicht ab. Insoweit gestatten Sie uns weiterhin, das auch zu kritisieren! – Vielen Dank.

Vorsitzender Dieter Hilser: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 09, vorbehaltlich Änderungen im Haushalts- und Finanzausschuss. – Wer dem vorgelegten Haushaltentwurfseinzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und die Fraktion der Piraten.

Wir haben unter diesem Tagesordnungspunkt noch das Einvernehmen mit dem Bauprogramm 2017 für die Landesstraßen herzustellen. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Einvernehmen ist einstimmig hergestellt.

(Klaus Vossemer [CDU]: Not und Elend! Da muss man ja mitstimmen.)

Herzlichen Dank für die Abstimmung. Das war einstimmig.



Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

73. Sitzung (öffentlich)

3. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:05 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Dagmar Glück

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)	6
Vorlagen 16/4116 und 16/4130 – Zuziehung von Sachverständigen –	
2 Altersdiskriminierung vermeiden – Altersgrenze für staatlich anerkannte Bausachverständige zügig anheben!	13
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/12113 – Zuziehung von Sachverständigen –	

- 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)** 19
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
Vorlage 16/4165
- hier: Einzelplan 09
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –
- 4 Planungsbremsen lösen – Infrastrukturausbau bedarfsgerecht voranbringen** 31
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13021
- Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 5 Digitale Verkehrswende in NRW durch den Kauf von 100 000 fahrerlosen Fahrzeugen für den öffentlichen Nahverkehr einleiten** 32
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13028
- 6 Zweites Gesetz zur Änderung des Beitreibungserleichterungsgesetzes/Kfz-Zulassung** 33
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12783
- 7 Mögliche Risiken im Zuge des Neubaus der Leverkusener Autobahnbrücke A1** 34
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4397

- 8 Wirtschaftspolitische Kehrtwende endlich einleiten –
Zukunftschancen für den Produktionsstandort Nordrhein-Westfalen
sichern, Wohlstand und Wachstum stärken, Ausbildungsplätze
schaffen. 61**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11222
- Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 9 Bericht der Arbeitsgruppe „Automatisiertes und vernetztes Fahren“ 62**
- Bericht der Landesregierung
- Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 10 Mehrkindfamilien nicht im Stich lassen – Landesregierung muss
familiengerechtes Bauen und Wohnen fördern um Wohnungsnot zu
bekämpfen! 63**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12348
- 11 Baurechtliche Konsequenzen aus dem Bochumer Klinikbrand am 30.
September 2016 64**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4398
- 12 Entwurf der Sonderbauverordnung und Verordnung zur Änderung der
Verordnung über bautechnische Prüfungen 69**
- Bericht der Landesregierung
- Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 13 Verschiedenes 70**

